

Vernehmlassung Stadt Zürich

Private Beziehungen deklarieren?

Der Stadtrat will eine Meldepflicht für «Angestellte in besonders nahen privaten Beziehungen bei Vorliegen von definierten heiklen Konstellationen» einführen. Auf Drängen zweier Gemeinderäte – ausgerechnet der SVP. Eine Schnapsidee! Findet der VPOD.

Wer mit Personen zusammenarbeitet, die einem entweder familiär oder freundschaftlich «eng verbunden» sind, oder mit Personen, mit denen man in einer «Paarbeziehung» steht, muss dies seinem Vorgesetzten melden. Egal ob die Beziehungen bereits vor Stellenantritt bestanden haben oder sich erst im Laufe der Arbeitszeit zu solchen Beziehungen entwickeln – wenn eine potenziell heikle Konstellation vorliegen könnte, sind solche Beziehungen meldepflichtig.

Gleichzeitig müssten die Arbeitgeber überwachen, ob ihre Mitarbeitenden die Meldepflicht einhalten. Vorgesetzte und Personalverantwortliche müssten sich neuerdings um die Qualität der Beziehungen der Mitarbeitenden interessieren. Sobald sich zwei Arbeitskolleginnen oder -kollegen eng befreunden und die Kriterien für eine heikle Konstellation erfüllt sein könnten, müssen sie dies melden. Wer

diese Meldepflicht nicht wahrnimmt, handelt pflichtwidrig und muss mit personalrechtlichen Konsequenzen rechnen.

Worum geht es in dieser Vorlage? «Diese Vorlage bezweckt, dass die städtischen Angestellten in ihren beruflichen Aufgaben durch private Beziehungen nicht über Mass beeinflusst werden und es zu keinen Konflikten zwischen den entsprechenden privaten Interessen mit den Interessen der Stadt kommt (Interessenkonflikte).» Die Vorlage verlangt die Einführung einer Meldepflicht für «Angestellte in besonders nahen privaten Beziehungen bei Vorliegen von definierten heiklen Konstellationen». Die Grundsätze dieser neuen Pflicht sollen in der Verordnung über das Anstellungsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht, PR, AS 177.100) festgelegt werden.

Darum können die gewerkschaftlich organisierten städtischen Mitarbeitenden im Rahmen ihrer Vernehmlassungsrechte zu dieser Vorlage Stellung beziehen. Der VPOD Zürich ist wie die Ombudsfrau der Stadt Zürich dezidiert gegen die Einführung dieser Meldepflicht. Aus guten Gründen. (Fortsetzung hintere Seite)

Duri Beer

Feministischer Streik 14. Juni 2023

Vor- statt rückwärts!

Vier Jahre nach dem grossen Streik von 2019 gibt es so gut wie keinen Fortschritt bei der Verbesserung der finanziellen und gesellschaftlichen Situation der Frauen. Im Gegenteil: Ihr Rentenalter wird angehoben und die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern hält sich hartnäckig. Diese Lücke ist ein massives Problem: Die Hälfte der Frauen verdiente 2020 weniger als 4470 Franken im Monat.

Vania Alleva, SGB-Vizepräsidentin: «Statt vorwärts geht es mit der Gleichstellung neuerdings sogar wieder rückwärts: bei den Löhnen, bei den Renten und auch bei der Verteilung der Care-Arbeit. Noch immer ist das Einkommen von uns Frauen im Schnitt 43,2% tiefer als jenes der Männer. So geht das nicht!» Besonders



Progressive, streikende Frauen haben 2019 alle verblüfft. Mit einer überwältigenden Mobilisierung.

Trage den Feministischen Streik in deinen Betrieb!

Findest du auch, in punkto Gleichstellung hat sich zu wenig bewegt? Dann trage am 14. Juni 2023 den Feministischen Streik in deinen Betrieb!

Mehr Infos: <https://vpod.ch> → Campa → Feministischer Streik 2023

tief ist das Einkommen von Frauen, die im Verkauf oder in anderen Dienstleistungsberufen wie der Gastronomie arbeiten. Dort haben die Frauen einen Monatslohn von weniger als 3100 Franken (Median). Ihre Kunden hingegen verdienen mehr als das Doppelte.

Ein zentraler Grund für die tiefen Einkommen ist die schlechte Entlohnung von Berufen mit hohem Frauenanteil. Kleinkinderbetreuerinnen, Verkäuferinnen oder Coiffeurinnen verdienen

Stadt Zürich: Tagesschulen

Nur mit dem Personal!

Zögern, zaudern, kleckern: Viel zu zögerlich nimmt die Schulpflege die Forderungen und Einwände auf, die das Schulpersonal im Rahmen der Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen zur Vorordnung über die Tagesschule (AVTS) artikuliert hatte. Ein unhaltbarer Zustand.

Zwar stellt der VPOD – die Gewerkschaft des Schulpersonals – mit Genugtuung fest, dass die Forderung nach gesamtstädtischen Leitsätzen aufgenommen wurde. Dass die Qualitäts- und Ressourcenfrage ausgeklammert und aufgeschoben wurde, mag dem zu ambitionierten Fahrplan geschuldet sein, ist für das Personal aber ein unhaltbarer Umstand. Die Stadtzürcher Stimmbewölkerung und das Schulpersonal haben sich für Tagesschulen mit Qualität ausgesprochen. In der Vernehmlassung hatte der VPOD gefordert, die Mitwirkung sämtlicher Personalgruppen im Tagesschulbetrieb sicherzustellen. Dies nachdem Schulamt und Schulpflege dies in der Vergangenheit nicht immer gewährleistet hatten. Gleichzeitig kritisierte der VPOD, dass Ausführungsbestimmungen erarbeitet wurden, welche die für das Betreuungspersonal relevanten Fragen bezüglich Gruppengrösse, Betreuungsschlüssel, Qualifikationsmix und Ressourcenzuweisung nicht klären. Ebenso bleibt eine der drängendsten Fragen

(Fortsetzung hintere Seite)



Schon vor acht Jahren forderte das Schul- und Hortpersonal «Qualität statt Quantität!»

Versammlung Tagesschule

**Montag, 13. März 2023, 19–21 Uhr
VPOD-Sekretariat**

Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Was denkst du zu den Spielregeln, wie sie die Zentrale Schulpflege (ZSP) festgelegt hat? Was machen wir jetzt? Mit dem 1. Mai und dem 14. Juni stehen in den nächsten Monaten zwei Tage vor der Tür, die wir nutzen können, um unsere Forderungen sichtbar zu machen. Komm zum Treffen! Die Veranstaltung ist auch für Nichtmitglieder offen.

Kommentar zu den Wahlen im Kanton Zürich

Kleiner Schritt nach vorn

Um es gleich vorweg zu nehmen: Viel hat sich bei den kantonalen Wahlen vom 12. Februar nicht verändert. Im Regierungsrat waren alle Bisherigen noch einmal angetreten. Und es wurden alle Bisherigen wiedergewählt. Darunter auch die vom GBKZ unterstützte SP-Kandidatin Jacqueline Fehr. Die ebenfalls vom GBKZ unterstützte SP-Kandidatin Priska Seiler-Graf schaffte den Einzug in die Regierung leider nicht, absolvierte aber einen beeindruckenden Wahlkampf. Bei den Kantonsratswahlen haben vor allem die Grünen ein schwaches Ergebnis zu beklagen. Sie verloren drei Sitze im kantonalen Parlament. Auch die AL muss einen Sitz räumen. Hingegen konnte die SP einen Sitz dazugewinnen. Ebenso verbesserte sich die GLP um einen Sitz. Für sozialpolitische und arbeitnehmerfreundliche Anliegen wäre ein besseres Ergebnis von AL, Grünen und SP wünschenswert gewesen. Jedoch gab es dafür auch schon in der letzten Legislatur keine Mehrheit im kantonalen Parlament.

Die sogenannte Klimaallianz von SP, AL, Grünen, GLP und EVP wird – bei klimapolitischen Anliegen – auch in den kommenden vier Jahren über

eine Mehrheit im Kantonsrat verfügen, wenn auch über eine deutlich knappere als in den vergangenen vier Jahren.

Von den 79 vom GBKZ unterstützten, gewerkschaftlich organisierten Kandidat:innen für den Kantonsrat wurden 23 gewählt. Eine Gewerkschafterin wurde abgewählt, während zwei Gewerkschafterinnen neu in das Parlament gewählt wurden. Zudem hält sich die Zahl der nicht mehr zur Wahl angetretenen Kolleg:innen mit der Zahl der in der letzten Legislatur nachgerückten Gewerkschafter:innen die Waage. Insgesamt konnte die gewerkschaftliche Gruppe im Kantonsrat also leicht gestärkt aus den Wahlen hervorgehen.

Auch aus gleichstellungspolitischer Sicht konnte bei den Wahlen ein weiterer, kleiner Schritt nach vorn gemacht werden: Der Frauenanteil im Parlament steigt leicht auf 43,9 Prozent, während er in der Regierung aufgrund der Bestätigung aller Bisherigen bei guten 57,9 Prozent verharrt.

Björn Resener, GBKZ-Sekretär

Mehr Infos: www.gbkz.ch

nach der Berufslehre in Vollzeit nur zwischen 3500 und 5000 Franken, deutlich weniger als in Branchen mit hohem Männeranteil. Folge dieser Einkommenslücke ist eine massive Frauenrentenlücke von 34,6%. Für Natascha Wey, Generalsekretärin VPOD und SGB-Vizepräsidentin, ist die Konsequenz klar: «Arbeitsbedingungen verbessern sich, wenn Gewerkschaften stark sind und wenn kollektiv mobilisiert wird. Es braucht eine bessere GAV-Abdeckung in den sogenannten Frauenbranchen und massive Lohnerhöhungen.» Deshalb haben sich die Gewerkschaften

zum Ziel gesetzt, Mitglieder in Branchen mit hohem Frauenanteil zu gewinnen, um die Gleichstellung schneller vorantreiben zu können.

Sieben Arbeiter:innen haben am 14. Februar mit der Unterstützung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) die Mobilisierung für den 14. Juni angestossen. Der Zürcher Stadtrat hat seine Haltung von 2019 erneuert und weist die Dienstchefinnen und -chefs an, den Mitarbeitenden die Teilnahme am feministischen Streik unter gewissen Bedingungen zu ermöglichen.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)

Agenda

Montag, 13. März, 19 Uhr
Versammlung Tagesschule
Zürich, VPOD-Sekretariat
(5. Stock)

Dienstag, 14. März, 16 Uhr
Sektionsvorstand
VPOD Stadt & Institutionen
Zürich, VPOD-Sekretariat
(5. Stock)

Samstag, 25. März, 11 Uhr
Landes-Delegiertenversammlung VPOD/SSP
Zürich

Donnerstag, 30. März, 17.30 Uhr
Generalversammlung Gruppe ewz
Zürich-Seebach, Restaurant Landhuus

Donnerstag, 30. März, 18 Uhr
Generalversammlung Gruppe Grün Stadt Zürich
Zürich, VPOD-Sekretariat (5. Stock)

Freitag, 31. März, 16.15 Uhr
Gruppenversammlung VBZ Technik WZ
Zürich, VBZ-Hauptgebäude (Kantine)

Mittwoch, 5. April, 9–17 Uhr
Das Arbeitszeitgesetz AZG für den öv
Bern, Hotel Bern

Dienstag, 11. April, 16 Uhr
Sektionsvorstand VPOD Stadt & Institutionen
Zürich, VPOD-Sekretariat (5. Stock)

Erreichbarkeit des VPOD-Sekretariats
unter 044 295 30 00:
Montag–Donnerstag: 9–12 Uhr und 14–16 Uhr
Freitag: 9–12 Uhr

Schalterdienstleistungen (Reka-Checks usw.) sind auf Vereinbarung möglich. Kontaktaufnahme per Telefon oder Mail (info@vpod-zh.ch).

Beratungen finden auf Vereinbarung vor Ort oder am Telefon statt. Anfragen bitte direkt an Person oder an info@vpod-zh.ch.

Der VPOD Zürich ist aus folgenden Gründen gegen die Einführung einer Meldepflicht im Personalrecht der Stadt Zürich:

- **Unklare Begrifflichkeiten und Definitionen:** Die Begriffe «Paarbeziehung», «familiär eng verbunden» und «eng befreundet» als Grundlage für das Vorliegen einer «besonders nahen privaten Beziehung» sind derart unklar und unscharf, dass sie sich für die Verwendung in einem Gesetzestext nicht eignen, weil sie einen zu grossen Ermessensspielraum eröffnen.
- **Unverhältnismässiger Eingriff in die Privatsphäre:** Die Einführung einer Meldepflicht zur Vermeidung von Interessenkonflikten im Sinne einer vorsorglichen Massnahme stellt einen zu grossen Eingriff in die Grundrechte der städtischen Mitarbeitenden dar. Diese sind schon durch ihr Anstellungsverhältnis und das Personalrecht angehalten, im öffentlichen Interesse pflichtbewusst und korrekt zu

handeln und im Einzelfall die Regel der kantonal-rechtlichen Ausstandspflicht einzuhalten. (§ 5a Verwaltungsrechtspflegegesetz [VRG, LS 175.2])

- **Administrativer Mehraufwand:** Die Umsetzung einer solchen Meldepflicht würde zu einem signifikanten administrativen Mehraufwand führen. Zudem müsste die Einhaltung der Meldepflicht überwacht und sichergestellt werden, was einen personellen und organisatorischen Mehraufwand zur Folge hätte. Mit absehbar negativen Auswirkungen auf das Betriebs- und Arbeitsklima.
- **Kosten und Nutzen stehen in keinem Verhältnis:** Der Aufwand, der die Einführung einer solchen Meldepflicht mit sich bringen würde, steht in keinem Verhältnis zum Nutzen dieser Massnahme.
- **Fazit:** Bereits heute genügen die rechtlichen Grundlagen, um Interessenkonflikte zwischen privaten und öffentlichen Interessen zu vermeiden. Die Ausweitung der Rechtsgrundlagen um eine Meldepflicht für «Angestellte

in besonders nahen privaten Beziehungen bei Vorliegen von definierten heiklen Konstellationen» untergräbt die Rechtssicherheit der Mitarbeitenden und schafft auch aus Sicht der Unternehmen, Institutionen und Abteilungen neue Risiken und Unsicherheiten. Eine sorgfältige Güterabwägung muss zur Einschätzung führen, dass die Einführung einer solchen Meldepflicht unverhältnismässig und unnötig ist. Aus diesen Gründen rufen wir Sie dringend dazu auf, auf diese Massnahme zu verzichten.

Pikant ist die Tatsache, aus wessen Küche diese Schnapsidee kommt: Die beiden langjährigen und erfahrenen SVP-Gemeinderäte Roger Bartholdi und Bernhard im Oberdorf haben die Idee 2019 als Motion eingereicht, wobei Bartholdi sich als Vertreter des Bankpersonals sieht. Im Juli 2020 hat der Gemeinderat die Motion dann mit einer Textänderung mit 96:15 Stimmen überwiesen.

Duri Beer

des Betreuungs-, Fach- und Therapiepersonals unbeantwortet: Wie können existenzsichernde 100-%-Anstellungen gewährleistet werden? Da Tagesschule nur mit dem Schulpersonal geht und damit «Qualität» und «Leitsätze» nicht zu leeren Floskeln verkommen, ist der frühzeitige Miteinbezug des Schulpersonals in den anstehenden Diskussionen unabdingbar. Das im VPOD organisierte Schulpersonal wird den Beschluss der Schulpflege in seinen Gremien kritisch besprechen. Martina Flühmann, Regionalsekretärin

Hier geht's zum Beschluss der Schulpflege:
www.stadt-zuerich.ch ...SSD
 ...Schulpflegebeschlüsse ... 2023

1. Mai 2023

Fest auf der Kaserne

Der Generationenwechsel erfasst auch das 1.-Mai-Fest. Lange blieb unklar, wer das nächste 1.-Mai-Fest-OK bildet. Jetzt steht fest: Das Fest findet statt. Von Samstag, 29. April, bis Montag, 1. Mai.

Wenn du am 1.-Mai-Fest in der Roten Eintracht beim Ausschneiden mitmachen oder uns bei der Vorbereitung und Durchführung der Demo am 1. Mai unterstützen willst, melde dich bei info@vpod-zh.ch.

Musikschullehrpersonen

Mehr Lohn?

Im Mai 2021 hat der Verband Zürcher Musikschulen ein neues Anstellungs- und Besoldungsreglement beschlossen. Es sieht vor, dass die Löhne von Musikschullehrpersonen an das Lohnniveau der Primarlehrpersonen angepasst werden. Gemäss Übergangsbestimmungen trat das neue Musikschulgesetz mit neuen, höheren Beiträgen des Kantons am 1. Januar 2023 in Kraft.

Die Bindung der höheren Kantonsbeiträge an die Musikschulen via Löhne hatte der VPOD begrüsst. Das Reglement hat jedoch bislang nur empfehlenden Charakter. Es ist also unklar, wie die Musikschulen es umsetzen werden. Wir wissen bereits, dass es an einigen Musikschulen Konflikte bezüglich der Anpassungen des Lohnniveaus gibt.

Wie sieht es an eurer Musikschule aus? Gibt es Probleme oder braucht ihr Unterstützung? Dann meldet euch: julia.maisenbacher@vpod-zh.ch

Austausch Stadtrat–GBKZ

Im selben Boot

Am 1. März hat das Treffen zwischen dem Zürcher Stadtrat und den GBKZ-Gewerkschaften stattgefunden. 20 Gewerkschafter:innen, die neun Stadträt:innen, der Rechtskonsulent, die Stadtschreiberin sowie die Direktorin von HRZ waren dabei – die Gewerkschaften haben vorher 13 Fragen eingereicht.

Die VPOD-Delegation mit Elvira Kläy (VBZ), Rudolf Robert Böni (ewz), Gülizar Cestan (SSD), Hugo Schai (SSD) und Duri Beer (VPOD-Regionalsekretariat) hatte Fragen zur Verbesserung der Ferienregelung, zu Leistungsverträgen mit privaten Institutionen, zum Rahmen-GAV im Nahverkehr im Kanton Zürich und zum Verkehr in der Stadt Zürich eingereicht. Und natürlich zum Feministischen Frauenstreik vom 14. Juni. In der Begrüssung betonte Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) die Relevanz einer gelebten Sozialpartnerschaft zwischen den Gewerkschaften und der Stadt Zürich und drückte ihre Wertschätzung für die Arbeit der städtischen Mitarbeitenden und ihrer Verbände aus. Die Stadt und die Verbände hätten das gemeinsame Interesse, die Bevölkerung mit einem guten Service public zu versorgen.

In Anlehnung an die Erfahrungen im Jahr 2019 will es der Stadtrat den städtischen Mitarbeitenden am 14. Juni wieder ermöglichen, am Feministischen Streik teilzunehmen, wenn dies betrieblich möglich sei. Ausserhalb der Arbeitszeit. Er will diese Haltung den HR-Verantwortlichen aller Dienstabteilungen demnächst wieder in Erinnerung rufen. Duri Beer

Übergabe «Petition fringe benefits»

Chancen nutzen

(dub) Rund 30 Búezer:innen der Wasserversorgung, des ewz, der VBZ und anderer Berufsgruppen waren dabei. Am 8. Februar bei der Übergabe der rund 1000 Unterschriften für höhere Beiträge zur Verpflegung und die Abgabe eines ZVV-Zone-10-Abos ohne private Finanzierung. An den Zürcher Gemeinderat.

Matthias Probst (Grüne), Luca Maggi (Grüne) und weitere Mitglieder des Gemeinderats haben sie entgegengenommen. In den nächsten Monaten entscheidet der Gemeinderat über die Vorlage; die VPOD-Aktivist:innen laden alle zur gegebenen Zeit ein, bei der Debatte im Rathaus Hard in Zürich-Aussersihl dabei zu sein.



Die VPOD-Gruppe Wasserversorgung hat den Stein ins Rollen gebracht.



Viele Gemeinderät:innen haben kein Interesse gezeigt.



Gute Arbeitsplätze noch besser machen – mit besseren Lohnnebenleistungen.

Kommentar zum Gesundheitswesen

Initiative gegen Fachkräftemangel

Die Berichte über die katastrophale Personalsituation im Gesundheitswesen reissen nicht ab. Immer wieder müssen Spitäler Betten oder sogar ganze Abteilungen schliessen, weil das Personal fehlt. Es fehlt an Personal, weil dieses ausgebrannt ist nach Jahren des Personalmangels, der Pandemie und des ständigen notfallmässigen Einspringens mit Sonderdiensten. Der Pflexit, der Ausstieg aus der Pflege, macht die Runde.

So kann es nicht weitergehen. Längst trifft es nicht nur das Personal, sondern auch die Patient:innen und ihre Angehörigen. Trotzdem verweigern die meisten bürgerlichen Politiker:innen immer noch notwendige Massnahmen – sowohl kurzfristig zur Sicherung der Gesundheitsversorgung, als auch langfristig im Umbau weg von einem Finanzierungssystem, das ökonomische Kriterien über die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung stellt.

Die Pflege-Initiative hat gezeigt, dass wir bei der Bevölkerung eine Mehrheit finden für die Forderung nach genügend Personal mit anständigen Arbeitsbedingungen. Entgegen den oft von rechten Parteien dominierten Parlamenten

und Regierungen ist die Bevölkerung bereit, dafür auch einen finanziellen Beitrag zu leisten. Am 25. Januar hat der Bundesrat bekanntgegeben, wann und wie er die Umsetzung von Teil 2 der Pflege-Initiative weiterverfolgen will. Er hat die Ausarbeitung eines neuen Bundesgesetzes und weitere Massnahmen in Auftrag gegeben, mit denen die Arbeitsbedingungen verbessert werden sollen. In zwei Jahren soll der Vorschlag dafür vorliegen. Frühestens in acht Jahren wird er umgesetzt werden können. So lange können Personal und Patient:innen aber nicht warten! Die Kantone können und müssen schneller handeln. Dass dies geht, hat die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich bewiesen, als sie den Kinderabteilungen von drei Spitälern 4 Millionen Franken zugesprochen hat für dringliche Personalmassnahmen, um so dem Versorgungsauftrag nachkommen zu können.

Sofortmassnahmen zur Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen scheitern bisher aber meist an den finanziellen Spielräumen der Gesundheitsbetriebe, die im heutigen Finanzierungssystem funktionieren und rentie-

ren müssen. Massnahmen können deshalb nur von den Kantonen beschlossen und finanziert werden, denn diese kontrollieren und finanzieren das Gesundheitswesen. Die VPOD-Sektion Zürich Kanton hat deshalb beschlossen, das Projekt einer kantonalen Volksinitiative gegen den sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel im Gesundheitswesen und die dadurch gefährdete Gesundheitsversorgung zu lancieren. Die Initiative fordert Mittel für dringliche Personalmassnahmen ein – auch gegen den Willen der Mehrheiten in Regierung und Parlament. Am 30. Januar hat der VPOD das Initiativprojekt ersten möglichen Bündnispartner:innen vorgestellt und sie eingeladen, sich daran zu beteiligen. Die nationale Verbandskonferenz Gesundheit des VPOD, die am 26./27. Januar in Lugano stattfand, hat zudem den Zürcher Antrag angenommen, solche Initiativprojekte in allen Kantonen zu prüfen. Erste Kantone haben bereits zurückgemeldet, bei dieser Kampagne mitzumachen. Schon bald soll es losgehen, denn der Pfliegenotstand wartet nicht – auch nicht auf uns. Roland Brunner,

VPOD-Regionalsekretär Gesundheitswesen